

KINDERBETREUUNG

Jetzt braucht's den Kita-Bildungsauftrag

In der ausserfamiliären Kinderbetreuung ist die Schweiz ein Entwicklungsland. Das ist auch gleichstellungspolitisch fatal. Es gibt nur eine Lösung: mehr Geld von der öffentlichen Hand.

VON ADRIAN RIKLIN

Je «weiblicher» ein Beruf ist, desto weniger wird er honoriert. Diese Tendenz zeigt sich hierzulande in Kindertagesstätten (Kitas) bei einem Frauenanteil von immer noch über achtzig Prozent geradezu exemplarisch. So beträgt der Anfangslohn einer ausgebildeten Kinderbetreuerin nach Empfehlung von Kibesuisse, dem Dachverband Kinderbetreuung Schweiz, zwischen 4000 und 4200 Franken im Monat. Selbst nach zehn Jahren Berufserfahrung verdient sie nur 4500 bis 4725 Franken.

Prekär ist die Arbeit in Kinderkrippen aber vor allem durch die Betreuungsschlüssel. Konkret heisst das: Die Finanzierung von Kitas beruht heute in der Regel auf der Vorgabe der Behörden, dass eine Gruppe von zehn bis zwölf Kindern von einer Fachkraft, einer Lehrperson und einer Praktikantin betreut wird.

Kämpfen für einen GAV

Sich unter solchen Arbeitsbedingungen auch noch politisch zu engagieren, fällt schwer. Doch der Widerstand wächst. So haben sich im Kanton Zürich 2016 unter dem Namen «Trotzphase» ausgebildete und angehende Kita-Fachleute zusammengeschlossen. In einer Petition, die am Frauenstreiktag übergeben wird, fordern sie den Kanton auf, für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen. Konkret soll die neue Verordnung über Tagesfamilien und Kitas ergänzt werden. Als Voraussetzung für die Bewilligung einer Kita müsste demnach ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) oder allgemein verbindlicher Arbeitsvertrag gelten. Zudem sollen die Betreuungsschlüssel nach den effektiven Anforderungen der pädagogischen Arbeit festgelegt und unausgebildetes Personal nicht mehr in den Schlüssel anzurechnen werden. Gemäss einer Studie der Gesellschaft für die seelische Gesundheit in der frühen Kindheit läge der ideale Schlüssel für Kinder bis zu zwei Jahren bei einem Fachperson-Kind-Verhältnis von 1 zu 2,5 und für Dreijährige bei einem Verhältnis von 1 zu 4.

«Öffentliche Bildungsaufgabe»

Umso fragwürdiger mutet die Vorlage des Regierungsrats zu den Krippenrichtlinien im Kanton Zürich an, deren Vernehmlassung letzte Woche zu Ende ging; Demnach sollen ab 2020 die Standards gar herabgesetzt werden. So würde etwa eine Person, die ein halbjähriges Praktikum absolviert hat und sich an einer höheren Fachschule zur Kindererzieherin ausbildet, neu als ausgebildet gerechnet werden.

Offenbar soll damit kaschiert werden, dass es in den Kitas schon heute zu viel unausgebildetes Personal gibt. Es fehlt an Ausbildungsplätzen. Wer in den Beruf einsteigen will, muss oft bis zu zweijährige Praktika machen – ohne danach tatsächlich eine Lehrstelle zu finden. Immerhin wollen einzelne Kantone und Anbieter das ändern. Der Kanton Bern etwa verlangt, dass, wenn nach einem halben Jahr kein Lehrvertrag vorliegt, bei einer Fortsetzung der Arbeit ein Monatslohn von mindestens 3000 Franken gezahlt werden muss.

«Die Kantone nehmen ihre Regelungs- und Aufsichtsfunktion nicht ausreichend wahr und erlauben damit ein Lohndumping bei öffentlich subventionierten Kitas», sagt Christine Flitner, die beim VPOD Schweiz für Gleichstellung und Bildung zuständig ist. Die meisten Kantone definieren zwar Zulassungsbedingungen für Kitas, machen jedoch keine Vorgaben zu Arbeits- und Anstellungsbedingungen.

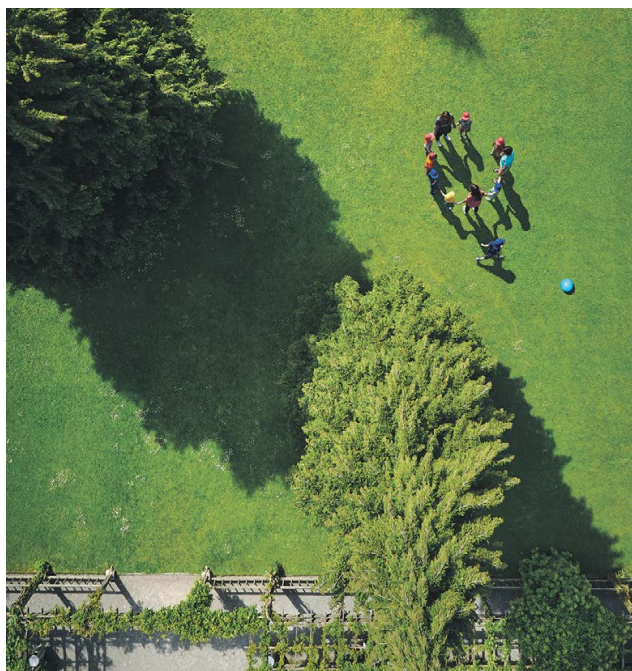
Ein Grund dafür, dass es in der Branche (ausser in der Romandie) keine Gesamtarbeitsverträge gibt, ist das Fehlen eines klassischen Sozialpartners: Gleichermassen durch die ungenügende öffentliche Finanzierung im Handlungsspielraum eingeschränkt, ist Kibesuisse eher ein Branchen- als ein Arbeitgeberverband. Kommt hinzu, dass seit der Einführung des neuen Berufsbilds Fachperson Betreuung die Verbandsmitgliedschaft keine Voraussetzung mehr ist, um ausbilden zu können, sodass viele Betriebe – auch expandierende Ketten wie Globe Garden – nicht im Verband sind. Für Flitner heisst das: «Ein GAV müsste zuerst regional verhandelt werden. Und: Kantone und Gemeinden als Geldgeber müssten dabei eine aktive Rolle einnehmen.»

Nun ist es nicht so, dass sich nicht auch Kibesuisse für bessere Rahmenbedingungen einsetzt. Regelmässig fordert der Verband Bund, Kantone, Gemeinden und die Wirtschaft auf, sich mehr an den Kosten zu beteiligen. Es war denn auch BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti, die Präsidentin des Verbands, die mit einem Vorstoss die vorletzte Verlängerung der Anstossfinanzierung des Bundes für den Ausbau der ausserfamiliären Kinderbetreuung erwirkte.

Auch die Forderung, PraktikantInnen nicht in den Betreuungsschlüssel einzurechnen, begrüsst der Verband. Allerdings, so betont Estelle Thomet, Regionalleiterin von Kibesuisse Zürich, müsste dafür die dazu nötige Finanzierung gewährleistet sein: «Sonst würden die im europäischen Vergleich schon jetzt sehr hohen Elterntarife zwangsläufig noch höher werden.» Auch setze man sich bei Kibesuisse dafür ein, dass neben den durch eine Lehre ausgebildeten Fachpersonen vermehrt auch höher qualifizierte KindererzieherInnen angestellt würden: «Doch auch hier fehlt es an den finanziellen Mitteln.» Kurz: Es braucht mehr Geld von der öffentlichen Hand. Für Flitner vom VPOD sollte das selbstverständlich sein, «wenn man ausserfamiliäre Kinderbetreuung als öffentliche Bildungsaufgabe versteht – so wie es auch die OECD empfiehlt».

Vor dem Frauenstreik

Camilla Carboni arbeitet seit über zwölf Jahren in Kitas. Seit sie sich zur Kindererzieherin weiterbildet, ist sie als Teilzeitspringerin in städtischen Kitas der Stadt Zürich tätig. In diesen Betrieben seien die Löhne vergleichs-



Einfach nur hüten – oder auch fördern? Luftaufnahme einer Zürcher Kindertagesstätte.
FOTO: BERND GRUNDMANN, STIFTUNG GFZ

weise gut, sagt sie. Auch würden keine Praktikantinnen im Stellenplan mitgerechnet. Das Hauptproblem seien auch hier dennoch die Betreuungsschlüssel: «Auch wir haben zu viele Kinder pro Fachbetreuerin.»

Als Mitglied der Trotzphase-Kerngruppe ist Carboni in den letzten Wochen vermehrt auch mit Vorbereitungen zum Frauenstreik beschäftigt: «Inzwischen haben immer mehr Kita-Mitarbeiterinnen angekündigt, beim Streik mitzumachen», sagt Carboni. Die meisten werden zwar nicht den ganzen Tag streiken, den Betrieb aber am Mittag oder spätestens um 15.30 Uhr schliessen. Auch immer mehr Trägerschaften seien bereit, den Betrieb an diesem Tag früher zu schliessen, sagt Carboni. Trotzphase hat zudem Musterbriefe verfasst, mit denen die Kitas auch Eltern einladen können, die Aktion zu unterstützen. «Unser Ziel ist es, dass möglichst viele Väter, Grossväter, Onkel und Bekannte aushelfen, sodass sich auch die Mütter am Streik beteiligen können», sagt Carboni.

Und wie steht Kibesuisse zum Frauenstreik? «Kibesuisse setzt sich für Chancengerechtigkeit ein und unterstützt die Forderungen des Frauenstreiks ideologisch», lautet die offizielle Verlautbarung. Zu einer Teilnahme am Streik jedoch könne man als Fach- und Mitgliederverband von Trägerschaften mit Kitas, Tagesfamilien und schulergänzender Betreuung «insbesondere aufgrund der Ausrichtung des Verbands am Kindeswohl» nicht aufrufen.

Estelle Thomet wird dennoch am Streik teilnehmen. Die Mutter von zwei Kindern erhofft sich vom Frauenstreik «eine nachhaltige Auswirkung. Konkret: eine andere Priorisierung und bessere Finanzierung.» Massgebend müssten Kriterien sein, die auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhen, auch in der Frage des Betreuungsschlüssels. «Was ist der gesellschaftliche Auftrag: Kinder einfach nur hüten – oder eben: sie fördern im Sinne eines Bildungsauftrags? Auf diese Frage hin müsste man den Fokus der Qualifikation ausrichten.»

Gleichstellungspolitische Offensive

Auf eidgenössischer Ebene aber tut sich noch kaum etwas in diese Richtung. Nationalrat Cédric Wermuth, Vater von zwei kleinen Kindern und in der SP-Bundeshausfraktion für das Dossier zuständig, formuliert es so: «Faktisch läuft die Unterfinanzierung der familienexternen Kinderbetreuung noch immer auf eine versteckte Subvention der Unternehmen und des Staates hinaus.» Der Leistungsauweiss der auslaufenden Legislatur sei kläglich. «Ausser der Verlängerung der Anschubfinanzierung für den Ausbau der ausserfamiliären Kinderbetreuung sind jegliche Fortschritte von der bürgerlichen Mehrheit blockiert worden.»

Im 6-Punkte-Plan für eine gleichstellungspolitische Offensive, den die SP-Fraktion

im Mai für die kommende Legislatur präsentiert hat, ist die ausserfamiliäre Kinderbetreuung denn auch ein wesentlicher Punkt. Demnach soll der Bund Mindestanforderungen zu den Arbeitsbedingungen in den Kitas festlegen. Und Familien mit mittleren und tiefen Einkommen sollen durch Bund und Kantone – sowie eine höhere Kostenbeteiligung der Wirtschaft – vollständig von direkten Betreuungskosten befreit werden.

Wermuth glaubt, «dass etwas aufbricht». Die Sensibilisierung sei gewachsen, auch unter den jungen Vätern. So könnten laut Wermuth Elternverbände eine wichtige Rolle im Kampf für eine bessere öffentliche Finanzierung einnehmen – gemessen am Einkommen zahlen in

FEMINISTISCHE UTOPIEN (2)



Den Amseln zuhören

Eine Utopie entwerfen. Jetzt nur nichts Langweiliges schreiben! «Man muss daran denken, dass Karl Marx gesagt hat, der eigentliche Reichtum des Menschen sei die Freizeit», sagte die Schriftstellerin Irmaud Morgner 1984 in einem Gespräch in Solothurn.

Lassen wir diesen Satz wirken. Währenddessen möchte ich nun ein bisschen ausführlicher über eine Utopie berichten. Ja, die folgende Geschichte mag sehr utopisch klingen! Ein aussergewöhnlich schönes Erlebnis, aber dort, in dieser Utopie, nichts Aussergewöhnliches, nichts wahnsinnig Gewagtes. Alle könnten es tun, niemand müsste.

Es war schon spät an einem heissen Sommerabend. Ich war auf dem Nachhauseweg. Doch die Luft war so angenehm! So entschied ich mich, einen kleinen Spaziergang zu machen. Ich spazierte durch die Strassen, an den Fluss, durch einen kleinen Wald, durch Schrebergärten, über eine Eisenbahnbrücke, der Hauptstrasse entlang, überquerte grosse Plätze. Ein leichter Wind war aufgekommen. Auf einem kleinen Platz setzte ich mich ins Gras. Ich hörte den Amseln zu, dann schlief ich irgendwann ein. Als ich erwachte, schien die Sonne schon, erste morgendliche Geräusche waren zu vernehmen.

Anne Käthi Wehrli ist Apothekerin und Künstlerin.



der OECD nur Eltern in Irland, Grossbritannien und Neuseeland mehr für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung. Der Hauptdruck aber komme aus der Frauenbewegung: «Sie ist neben den Gewerkschaften die stärkste Lobby.» Doch auch von den KMUs erhofft sich Wermuth Unterstützung: «Ein Grosskonzern wie Novartis kann sich für die Betreuung der Kinder seiner Mitarbeiter eine Inhouse-Lösung leisten. KMUs können das nicht.»